
Ludwig Elm / Ekkehard Lieberam

**Rechte Geschichtspolitik
unter linker Flagge**

Ekkehard Lieberam

**Was ist denn eigentlich
bei der Linkspartei los?**

INHALT

Ludwig Elm / Ekkehard Lieberam	1
Rechte Geschichtspolitik unter linker Flagge	
Gespräch mit Ekkehard Lieberam	7
Was ist denn eigentlich bei der Linkspartei los?	



Demonstration des Bündnisses Aufstehen gegen Rassismus am 3. September 2016 in Berlin

Die Thüringer Linkskoalition orientiert auf die völlige Delegitimierung der DDR

Rechte Geschichtspolitik unter linker Flagge

Am 23. Februar 2016 wurde in Erfurt der 36seitige „Bericht der Landesregierung zu Stand und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2015 bis Februar 2016“¹ veröffentlicht, dessen Behandlung im Thüringer Landtag noch aussteht. In seiner 46. Sitzung am 4. April 2016 beschloß der Landtag mit Zustimmung auch der Abgeordneten der Linken (mit Ausnahme einer Gegenstimme von Johanna Scheringer-Wright), für Thüringen künftig den 17. Juni als „Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts“ einzuführen.

Die Hinwendung führender Politiker der Linken zur antikommunistischen Geschichtserinnerung kam nicht überraschend. Im Koalitionsvertrag zwischen der Partei Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2014 war eine deutliche Verschärfung der Geschichtspolitik gegenüber der DDR für Thüringen vereinbart worden. In der Präambel des Vertrages ist von der „Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten“ und von der DDR als „Unrechtsstaat“ die Rede, „weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen und großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten“.²

¹ Freistaat Thüringen, Bericht der Landesregierung zum Stand und zur Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2015 bis Februar 2016, Erfurt, den 23. Februar 2016

² Thüringen voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Stand: 20. November, S. 2

Die „institutionelle Abrechnung“³ mit der DDR in Form einer einseitigen, aggressiven, medial unterstützten Kampagne zur Diffamierung und Delegitimierung der DDR dauert inzwischen etwa ein Viertel Jahrhundert. Sie erhielt in den neunziger Jahre entscheidende Impulse von den zwei Enquetekommissionen des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sowie „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Seitdem obliegt es der am 5. Juni 1998 gebildeten „Bundesstiftung Aufarbeitung“, einschlägige flächendeckende Aktivitäten bundesweit und inzwischen auch international zu initiieren und durchzusetzen. Es kam zur vorbehaltlosen Übernahme des Diktaturbegriffs für die DDR als Begriff zur Herabsetzung der DDR sowie ihrer Parallelisierung mit der hitlerfaschistischen Diktatur und deren weltgeschichtlichen Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit.

Diese fundamentale Geschichtsverzerrung ging einher mit der apologetischen Selbstdarstellung der Bundesrepublik als Demokratie und Rechtsstaat. Nicht die Analyse der deutschen zweistaatlichen Nachkriegsgeschichte in ihrer Wechselwirkung, nicht die sachliche, abgewogene und differenzierte Bewertung der DDR-Geschichte bei Berücksichtigung ihrer Widersprüchlichkeit und ihrer komplizierten inneren und äußeren Umstände (wie der Aderlaß durch immense Reparationsleistungen für ganz Deutschland an die Sowjetunion, der kalte Krieg in der schärfsten Form an der Nahtstelle der zwei Militärblöcke, die Kompliziertheit des Umgangs mit dem nazifaschistischen ideologischen und personalen Nachlaß, die Begrenzung

³ So Matthias Krauß, Wem nützt die Aufarbeitung? Die institutionelle Abrechnung, Berlin 2016

der staatlichen Souveränität sowie des politischen Gestaltungsraums durch Sowjetunion und KPdSU – aber auch durch den Viermächtevorbehalt gegenüber Deutschland als Ganzem, dem die Bundesrepublik ebenfalls unterlag) waren Bezugspunkte. Es ging um kaum verhüllte, alle positiven Aspekte der DDR-Geschichte negierende schlechte Absicht ihrer Dämonisierung. Der Begriff „Aufarbeitung“ wurde zur „Waffe in der Hand derer, die mit der DDR abrechnen wollen“⁴.

Der Rechtswissenschaftler und Richter am Brandenburger Verfassungsgericht Karl-Heinz Schöneburg hatte im „Neuen Deutschland“ vom 20. März 1992 geschrieben: „Der Umgang mit der Vergangenheit kann nur gelingen, wenn Wahrheit und Wahrhaftigkeit, Freiheit und Toleranz, saubere Analyse und nicht Rache und Hysterie ihn bestimmen.“ Der siegreiche Westen entschied sich für Hysterie und einen ideologischen Rachefeldzug: für eine Politik der Abrechnung mit der DDR und ihrer verbalen Verunglimpfung.

Auch in Thüringen entstand ein Netzwerk von Forschungs-, Gedenk- und Propagandaeinrichtungen, finanziell großzügig ausgestattet und medial privilegiert, ergänzt durch eine entsprechende Ausrichtung des Schulunterrichts, der politischen Bildung und der Forschung an Thüringer Universitäten und Hochschulen. Zu diesem Netzwerk gehören die Gedenkstätten und „Orte der Repression in SBZ und DDR“ im ehemaligen sowjetischen Speziallager Buchenwald, die seit dem Jahr 2000 bestehende Stiftung Ettersberg/Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt mit zwei Außenstellen in Gera und Suhl, die in den Mittelpunkt ihrer Arbeit ausdrücklich die „doppelte Diktaturerfahrung“ stellt, das Grenzlandmuseum Eichsfeld, das Deutsch-deutsche Museum Mödlareuth und der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, der zugleich auch Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen ist, mit Sitz im Gebäude des Thüringer Landtags und zwei Außenstellen in Gera und Suhl.

Immer noch werden auch in Thüringen international gültige Grundnormen wie das Diskriminierungsverbot, die Gleichheit vor dem Gesetz, die politischen Rechte und das Recht auf Verjährung (ansonsten selbst bei schweren Straftaten angewandt) mißachtet und ein Sonderrecht gegen ehemalige DDR-Bürger durchgesetzt. Dies beinhaltet andauernde Stasi-Überprüfungs- und Diskriminierungspraktiken, das Rentenstrafrecht, die Suspendierung von Persönlichkeitsrechten, den Fortbestand der Stasi-Behörden und ihrer Aktivitäten sowie die Erklärung einer „Parlamentsunwürdigkeit“ von Abgeordneten.

Die Linke als Partei und als Landtagsfraktion in Thüringen trat seit längerer Zeit diesen Praktiken nur inkonsequent und nicht grundsätzlich entgegen; inzwischen hat sie diese, zumindest teilweise, in vorseilendem Gehorsam von vornherein unterstützt. Von ihrem Vertreter im Beirat der Stiftung Ettersberg ist zum Beispiel nicht bekannt, daß dem dort vertretenen Konzept von den „zwei Diktaturen“ im Deutschland des 20. Jahrhunderts entgegengetreten wird. Die Linke benennt keine weiterführenden Initiativen zur Aufarbeitung und öffentlichkeitswirksamen Darstellung der nazifaschistischen Verbrechen in Thüringen und deren Vorgeschichte in der Weimarer Republik. Sie vermeidet es zu thematisieren, daß die Führungspositionen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik“ einst von schwer belasteten NS-Tätern durchgesetzt waren, zahlreiche Verbrechen im In- und Ausland ungesühnt blieben und für die herrschende Politik und Geschichtsideologie in

der BRD lange Zeit die Relativierung von Nazi- und Kriegsverbrechen – beispielsweise hinsichtlich der Wehrmacht – typisch war. Dabei ist zu beachten, daß beträchtliche Teile der Parteibasis und einzelne Politiker der Linken die von der Führung ohne hinreichende öffentliche Meinungsbildung eingeleitete geschichtsideologische Anbiederung und Unterordnung nicht billigen, ohne jedoch angemessene Möglichkeiten der Diskussion und Einflußnahme zu erhalten. Die vier Vertreter der Linkspartei in den Sondierungsgesprächen von Linken, SPD und Bündnisgrünen nach den Landtagswahlen vom 30. August 2009 hatten bereits damals im vierten Sondierungsgespräch am 30. September 2009 erklärt, daß man in der DDR sich „mit einem Willkürstaat konfrontiert sah“ und „die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen sei“⁵.

Die Entscheidung der Thüringer Linken im Koalitionsvertrag vom November 2014, die DDR als Unrechtsstaat und SED-Diktatur zu bezeichnen, war eine folgenschwere und geschichtspolitisch falsche Entscheidung. Damit verabschiedeten sich die führenden Politiker der Linken in Thüringen (und in den Wochen danach auch eine Reihe Politiker der Linken auf Bundesebene) von dem ursprünglichen, Anfang der neunziger Jahre formulierten Ansatz einer Kennzeichnung der DDR seitens kritischer Sozialisten und Kommunisten als „Sozialismusversuch“ mit „wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen“, aber auch gekennzeichnet durch „Fehler, Irrtümer, Versäumnisse“. Zugleich bekannte man sich zu dem Grundsatz, „die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden geschichtlichen Entwicklung auf deutschen Boden zu verteidigen“.⁶ Nunmehr schlossen sich Linkspolitiker dem offiziellen Konzept der Delegitimierung der DDR als Unrechtsstaat und SED-Diktatur an. Mit diesem Seitenwechsel beschädigen maßgebende Politiker der Linken in Thüringen und im Bund nachhaltig die Partei Die Linke und das Umfeld ihrer Anhänger- und Wählerschaft. Die Partei verliert damit eines ihrer wichtigsten politischen Alleinstellungsmerkmale: eben das einer differenzierten und gerechten Bewertung der DDR aus der Sicht von Antifaschisten, Friedensaktivisten, Sozialisten und Kommunisten.

Wir vertreten eine gegenteilige Position. Diese besteht darin: Nach den jeweils entscheidend von der deutschen Rechten herbeigeführten Menschheitskatastrophen von 1914 bis 1918 sowie 1939 bis 1945 verfolgte die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik in der gesamten Zeit ihres Bestehens eine konsequente Politik der Friedenssicherung und friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Abrüstung, der Nichteinmischung und der allseitigen Kooperation der Staaten, darunter ausdrücklich auch als kooperatives Nebeneinanderbestehen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme.

Die DDR unterstützte elementare freiheitliche und menschenrechtliche Bestrebungen des Antikolonialismus und Antirassismus, der nationalen Befreiungsbewegungen wie den ANC (Südafrika), die PLO (Palästina) und die FLN (Algerien) sowie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Die DDR war solidarisch mit Völkern und Bewegungen, die imperialistischen Aggressionen und vom Großkapital inszenierten oder protegierten Bürgerkriegen und Diktaturen ausgesetzt waren, darunter Vietnam, Indonesien, Angola, Moçambique und Chile.

⁵ Zitiert nach: Ekkehard Lieberam, Der Kniefall von Thüringen, Die Linke und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation, Bergkamen, November 2014, S. 10

⁶ PDS-Programm von Januar 1993, Abschnitt 2

⁴ Ebenda, S. 21

Die DDR war ein Sozialismusversuch unter schwierigen inneren und äußeren Bedingungen, mit beachtlichen Erfolgen und beachtenswerten Erfahrungen für künftige revolutionäre Veränderungen in Richtung einer sozialistischen Alternative. In ihr waren Sozialpolitik, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit Staatszweck (und nicht lediglich Aspekte der Abmilderung der Grausamkeiten der Kapitalverwertung und des Marktes). Sie ordnete sich 1987/1988 hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft gleichauf mit Belgien auf Rang 8 bzw. 9 in Europa ein. Kennzeichnend für die DDR waren unter anderem ein solidarisches Gemeinwesen, eine in der Landwirtschaft anerkannte genossenschaftliche Demokratie und vielfältige Mitbestimmungsrechte in den Betrieben.

Die Geschichte der DDR ist sachlich und differenziert, im Kontext der historischen Umstände zu analysieren und zu bewerten. Wir als Linke haben die Berechtigung und Rechtmäßigkeit des Sozialismusversuchs auf deutschem Boden zu verteidigen. Die Geschichte der DDR gibt Mut, aus der Sicht ihrer politischen und sozialen Leitbilder und Errungenschaften kritische Maßstäbe an die gesellschaftlichen und politisch-moralischen Zustände in der Bundesrepublik anzulegen. Die Absurditäten, die Beweg- und Hintergründe des sich erneut verschärfenden politisch-ideologischen Rachefeldzuges gegen die DDR werden wir weiterhin offenlegen. Dabei geht es auch um die Traditionen, das Erbe und das Vermächtnis des Antifaschismus seit Anfang der zwanziger Jahre und bis in die Geschichte beider deutscher Staaten in den Nachkriegsjahrzehnten.

In diesem Sinne plädieren wir für die Erarbeitung von Gegenpositionen zum Bericht der Thüringer Landesregierung vom 23. Februar 2016 und zu den Passagen zur DDR im Thüringer Koalitionsvertrag von Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom November 2014. Wir stellen dafür bisherige Überlegungen sowie folgende Thesen zum Bericht der Landesregierung zur Diskussion.

Erstens: Mit dem Bericht der Thüringer Landesregierung wird die institutionalisierte Abrechnung mit der DDR verstärkt.

Der Bericht läßt erkennen, daß die Landesregierung in Thüringen unter Bodo Ramelow dabei ist, die verschiedenen Institutionen, Bereiche und Richtungen der Delegitimierung der DDR deutlich zu verstärken und auszubauen. Die entsprechenden Aktivitäten beziehen sich vor allem auf die Aufwertung und den Ausbau der Gedenkstätten, auf die Intensivierung der Schulausflüge zu ihnen, auf eine Ausrichtung des Schulunterrichts auf das Totalitarismuskonzept, auf eine Neuausrichtung entsprechender selektiver (weil ausschließlich auf Themen, die die DDR in einem negativen Licht erscheinen lassen, bezogene) Forschungen an den Universitäten und Hochschulen, auf die Etablierung einer „Opferkultur“ und die Förderung der Opferverbände.

Gegenüber den vorangegangenen CDU-Landesregierungen ist die Koordinierungs- und Orientierungsfunktion sowie die Öffentlichkeitsarbeit der neuen Landesregierung zur Schaffung einer „Opferkultur“ erheblich verstärkt worden. Die Aufarbeitung der „SED-Diktatur“ wird als „Kernbestand der gemeinsamen Regierungsarbeit“ bezeichnet (S. 4). Der Bericht der Landesregierung ist Teil und zugleich Höhepunkt von immer neuen Kampagnen, die die DDR-Geschichte als Kriminalgeschichte darstellen.

Am 3. März 2015 bildete die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe zur „Unterstützung und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur“, an deren Spitze die Kultur-

staatssekretärin Babette Winter (SPD) steht. Ministerpräsident Bodo Ramelow selbst erklärte die „Aufarbeitung“ zum wichtigen Schwerpunkt seiner Regierungspolitik und machte sie faktisch zur „Chefsache“. Er nutzte seinen Besuch (kurz nach Veröffentlichung des Berichtes) bei Papst Franziskus vorrangig dazu, diesem über die „kommunistischen Staaten und das in ihnen begangene Unrecht“ und sein Bemühen, „diese Vergangenheit aufzuarbeiten“, zu berichten.⁷

Der Bericht vom 23. Februar 2016 könnte auch ein Dokument von der Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde in Thüringen sein. Als Ausdruck und Instrument einer Politik der verschärften politischen und ideologischen Abrechnung mit der DDR geht er mit einer Reihe weiterer Initiativen der Thüringer Landesregierung auf Bundesebene einher. Dazu gehören: die Ablehnung der mittlerweile vielfach geforderten Überführung der Stasiunterlagenbehörde in das Bundesarchiv und die Einführung eines Gedenktages 17. Juni für die „Opfer der SED-Diktatur“.

Zweitens: Der Bericht spricht der DDR die legitime Staatlichkeit ab.

Der Bericht bekräftigt die Behauptung aus dem Koalitionsvertrag, der DDR habe jede „Legitimation staatlichen Handelns gefehlt“, indem er die damit einhergehenden Begriffe „Unrechtsstaat DDR“ und „SED-Diktatur“ zur Kennzeichnung der DDR übernimmt. Die regierenden Politiker des Landes Thüringen verstehen sich offenbar als höchste Autorität der Geschichtswissenschaft und der Rechtswissenschaft sowie als Gerichtshof. Sie tun dies fast eine Generation nach dem Ende des kalten Krieges, aber in einer Weise, als ob wir uns auf dem Höhepunkt des kalten Krieges befänden. Sie haben als Landesregierung das getan, was weder die Bundesregierung noch andere Landesregierungen in dieser Weise gemacht haben: Sie haben ein Urteil über die geschichtliche und juristische Bewertung der DDR im Sinne ihrer Delegitimierung, d. h. ihrer Ächtung als Staat und Völkerrechtssubjekt sowie als Gemeinwesen von Bürgerinnen und Bürgern gefällt, und sie sehen dieses „Unrechtsurteil“ quasi als verbindlich für die Behandlung der DDR in der Öffentlichkeit, für die Forschung und den Schulunterricht an. Bekanntlich orientieren sich daran auch die öffentlich-rechtlichen wie die privatwirtschaftlich geführten Medien. Für letztere läßt sich exemplarisch die „Thüringische Landeszeitung“ (TLZ) aus der Funke-Mediengruppe nennen, die obsessiv als publizistische Hilfstruppe einschlägige geschichtsideologische Bemühungen unterstützt. Alle setzen sich dabei über die Klarstellung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hinweg: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs ‚Unrechtsstaat‘ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften.“⁸ Und sie negieren die Rechtsgrundlagen und die Tatsachen der deutschen Nachkriegsgeschichte und der Geschichte der DDR. „Die Linken sollten sich nicht einem bürgerlichen Demokratieverständnis anschließen, das den jeweils entscheidenden gesellschaftlichen Hintergrund und Kontext, die realen Macht- und Abhängigkeits-

⁷ www.thueringen.de/th1/tsk/aktuell/veranstaltungen/89377/

⁸ Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Definition des Begriffs „Unrechtsstaat“ in der wissenschaftlichen Literatur, Kurzinformation, erarbeitet im Auftrag der Abgeordneten Gesine Löttsch (Die Linke), WD 1-061/08, 2008

verhältnisse sowie konträren Interessen vorsätzlich vernachlässigt oder überhaupt ignoriert.“⁹

Im internationalen Leben gilt die „Drei-Elemente-Theorie“, nach der für die völkerrechtlich legale und gleichberechtigte Existenz eines Staates und Völkerrechtssubjekts das Vorhandensein einer Einheit von Staatsterritorium, Staatsvolk und realer Staatsgewalt maßgeblich ist. Das gilt selbstverständlich auch für die DDR. Allein in bezug auf den nazifaschistischen Staat gab es davon eine Ausnahme, als angesichts dessen ungeheurer Verbrechen mit mehr als 60 Millionen Toten seine kriminellen Handlungen als Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Kriegsvölkerrecht und gegen die Menschlichkeit in den Nürnberger Prozessen international geahndet wurden und in der Rechtstheorie (so von Gustav Radbruch) der nazifaschistische Staat aus dieser Sicht als Unrechtsstaat charakterisiert wurde. Der namhafte Philosoph und Nazigegner Karl Jaspers prägte und begründete dafür den Begriff Verbrecherstaat. Die DDR war ein geachtetes und im Sinne der UN-Charta aktives Mitglied der Vereinten Nationen, dem niemals vorgeworfen wurde – auch nicht von der BRD –, ein „Unrechtsstaat“ zu sein.

Mit der Konstruktion, daß für die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat das Fehlen „freier Wahlen“ maßgeblich sei, knüpft die Thüringer Landesregierung an die Sprache des kalten Krieges an, übertrifft sie aber noch. Wahrscheinlich verhinderte die noch wache Erinnerung an den Nazifaschismus Ende der vierziger und in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, daß bei aller antikommunistischen Aggressivität der Begriff des Unrechtsstaates auf die SBZ/DDR, die UdSSR und ihre osteuropäischen Verbündeten angewandt wurde. In dem in den fünfziger Jahren veränderten § 88 StGB ist von „Gewalt- und Willkürherrschaft“ die Rede, womit vor allem die DDR gemeint war. In Art. 17 des von der PDS damals kategorisch abgelehnten Einigungsvertrages vom 31. 8. 1990 wurde der Begriff „SED-Unrechtsregime“ eingeführt.

Die Delegitimierung der DDR als Unrechtsstaat negiert ebenfalls, daß es im Gegensatz zu den Westzonen nach 1945 gerade die Landesregierungen in der sowjetischen Besatzungszone und dann die Regierung der DDR waren, die konsequent die völkerrechtlichen „Entscheidungen und Vereinbarungen“ (Präambel) des auf Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Dekartellisierung orientierenden Potsdamer Abkommens der vier Alliierten vom 2. August 1945 durchsetzten. Im Bericht der Landesregierung (S. 3) wird von „der kommunistischen Willkür in der SBZ“ gesprochen.

Staatsrechtlich legitimiert waren die von oben nach unten sich bildenden Organe in der sowjetischen Besatzungszone durch die Kommunalwahlen vom 8. September 1946 und durch die Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946. Grundlage der sich am 7. Oktober konstituierenden DDR (als Antwort auf die Bildung der BRD) war die geheime Volksabstimmung am 16. Mai 1949 über die einheitliche Kandidatenliste des auf dem 3. Volkskongreß gewählten 330 Mitglieder umfassenden 2. Deutschen Volksrates. Die Volksabstimmung ergab eine Mehrheit von 66 Prozent für diesen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 als „Provisorische Volkskammer“ konstituierte. Die Wahlen in der DDR entsprachen sicherlich nicht bürgerlich-parlamentarischen Maßstäben und vermittelten mit ihren Zustimmungswerten von 98 Prozent und mehr auch kein reales Bild der politischen Kräfteverhältnisse zwischen Befürwortern und Gegnern in der DDR. Unbestreitbar ist jedoch, daß in der DDR es jeweils deutliche Mehrheiten der Bevölkerung gab, die hinter dem Staat DDR

standen. Bei der geheimen Volksabstimmung über den Entwurf der DDR-Verfassung am 6. April 1968 stimmten 96,4 Prozent mit Ja und 3,4 Prozent mit Nein (1,9 Prozent der Stimmberechtigten nahmen nicht am Volksentscheid teil). Noch Ende 1989 und Anfang 1990 gab es deutliche Mehrheiten für die DDR: „Die Meinung, die DDR solle ein souveräner Staat bleiben, war damals weit verbreitet. Bei Befragungen verschiedener Meinungsforschungsinstitute aus Ost und West votierten zwischen 55 und 83 Prozent für diese Position.“¹⁰

Drittens: Das im Bericht vermittelte Bild von der DDR als Synonym für Willkür, Leid, Unrecht und SED-Diktatur findet keine Stütze im Wissen und in der politischen Erinnerung der Erlebnisgeneration.

Beklagt wird im Bericht (S. 3) eine „auffällig verbreitete DDR-Nostalgie“ und „retrospektive Sozialismusaffinität“. Verwiesen wird auf eine „ausgeprägte Tendenz zur positiven Einstellung gegenüber der DDR“ als „Gesellschaft mit solidarischem, ‚menschlichem‘ Antlitz“. Dem will der Bericht nicht etwa folgen und auch nicht Rechnung tragen, sondern durch die „Vermittlung von Wissen über die vergangene Diktatur und ihrer Verbrechen“ entgegnetreten.

Das Dilemma des Berichts ist, daß die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die DDR überwiegend im positiven Sinne in Erinnerung haben und für die diskriminierenden Behauptungen über die DDR auch kein „Wissen“ im Sinne von Fakten vermittelt werden kann.

Nach den Untersuchungsergebnissen der Studie des Thüringen-Monitors im Jahre 2015¹¹ hat die Erlebnisgeneration (geboren vor 1976) ein recht positives Bild von der DDR in Erinnerung. Zufrieden mit dem Sozialismus „so, wie er in der DDR bestanden hat“, waren 61 Prozent dieser Erlebnisgeneration, davon sieben Prozent „sehr zufrieden“ und 54 Prozent „ziemlich zufrieden“. Der Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ stimmten 50 Prozent aller befragten Bürgerinnen und Bürger zu. Im Jahre 2012 waren es sogar 54 Prozent gewesen.

77 Prozent der Erlebnisgeneration sagten, nicht „von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR“ betroffen gewesen zu sein; 23 Prozent erklärten, sie seien betroffen gewesen. Außerdem wurden alle Befragten danach gefragt, ob „Freunde oder Bekannte“ betroffen gewesen seien. 66 Prozent verneinten dies, 34 Prozent bejahten dies. Interessant ist nun, worin denn derartige „Willkür oder Benachteiligung“ nach der Erinnerung der Erlebnisgeneration zum Ausdruck kamen. Die zusammenfassende Aussage von Thüringen-Monitor (S. 41) ist: „Die Anteilwerte erreichten bei wahrgenommenen ‚Ungerechtigkeiten‘ in der DDR bis zu 60 Prozent (Kontaktverbote zu Antragstellern von Ausreisearträgen und zu Westverwandten), bei direkter und indirekter Betroffenheit bis zu 38 Prozent (Zwangsmitgliedschaft in Massenorganisationen). Berufliche Benachteiligungen in der eigenen Biographie oder bei Verwandten und Freunden berichteten 19 Prozent der Befragten und die Benachteiligung an Schulen, die Nichtzulassung zu Abitur oder Universitäten sowie psychische Einschüchterungen jeweils 17 Prozent der Befragten.“

Ähnliche Zahlen „über Willkür und Benachteiligung“ sind bei Befragungen von BRD-Bürgern ebenfalls zu erwarten, wenn auch

¹⁰ Detlef Eckert/Jürgen Hoffmann/Helmut Meier, Zwischen Anschluß und Ankunft. Potsdam Juni 1992, S. 8

¹¹ Institut für Soziologie – Friedrich-Schiller-Universität Jena, Politische Kultur im Freistaat Thüringen, Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015, Jena 2015

⁹ Ludwig Elm, Geschichtspolitik am Beispiel der Linkscoalition in Thüringen, in: Marxistische Blätter, Heft 3, Mai/Juni 2016, S. 13

anders strukturiert. Der im Bericht behauptete „Zwangscharakter des allgegenwärtigen Kollektivismus“ oder das im Koalitionsvertrag angeprangerte Merkmal der „SED-Diktatur“, „jedes Recht und jede Gerechtigkeit“ beseitigt zu haben, ist offensichtlich falsch und verleumderisch. Aber diese Unwahrheit dient als der eigentliche Rechtfertigungsgrund für den mit dem Bericht intensivierten Rachefeldzug gegen die DDR.

Viertens: Die Angaben zu Opfern und zu Unrecht in der DDR im Bericht können die Behauptung vom Unrechtsstaat nicht belegen. Zum Teil sind sie auch ungenau und absurd. Von den Zeitumständen des kalten Krieges ist keine Rede.

Soweit es konkrete Angaben im Bericht gibt, ist das Ausmaß von Unrecht in Thüringen in 44 Jahren SBZ und DDR weit weniger groß als behauptet. Die Zahl der Opfer, in deren Interesse eine „Opferkultur“ gepflegt werden soll, summiert sich nach dem Bericht auf insgesamt etwa 15 000 bis 20 000 Personen (S. 13 ff.), wobei allein die pauschal zu Opfern erklärten Heimkinder fast 5000 ausmachen. Es gab in Thüringen seit 1990 etwa 33 000 Anträge auf Aufhebung von Urteilen aus der DDR-Zeit. Darüber, wie viele davon erfolgreich waren, gibt es keine Angaben im Bericht. Verwiesen wird darauf, daß von den im Jahre 2014 noch anhängigen 290 Verfahren 75 begründet oder teilweise begründet waren, also etwa 26 Prozent.

Von den Heimkindern in Thüringen haben sich bis zum 30. September 2014 „4771 Betroffene gemeldet“ (S. 14). 151 Meldungen kamen noch danach. Wie viele davon eine Entschädigung erhielten, wird nicht gesagt (offenbar alle). Im Gegensatz zu den Heimkindern aus der Alt-BRD wird „das erlittene Unrecht“ (S. 15) für die Heimkinder in der DDR, weil dort „SED-Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ waren, pauschal vorausgesetzt. Eine gesundheitliche Schädigung muß überhaupt nicht nachgewiesen werden. Die ideologische Funktion dieser Vorgehensweise ist offensichtlich.

Nach Schätzungen wurden weiterhin aus den Grenzgebieten zur BRD 1952 und 1961 3500 und 1700 Menschen umgesiedelt. Mit Stand vom 1. Januar 2016 wurden 1032 Anträge auf Entschädigung bewilligt. Im Zusammenhang mit den „Zwangsadoptierten“ in der DDR wird kein einziger Fall für Thüringen genannt. Dennoch schreiben die Verfasser des Berichts (S. 17), daß politisch motivierte Zwangsadoptionen „eines der dunkelsten und zugleich weitgehend unerforschten Kapitel der Geschichte der DDR“ seien. Diese willkürliche Behauptung ist durch den Verlauf und die Ergebnisse diesbezüglicher Kampagnen und Ermittlungen seit Beginn der neunziger Jahre faktisch längst widerlegt. Ebenfalls keine oder fast keine konkreten Angaben gibt es zur „Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR“, zu „verfolgten Schülern“ und zum „SED-Unrecht im Sport“ (hier wird von drei Fällen gesprochen). Der Begriff „Zwangsarbeit“ wird im Unterschied zur Häftlingsarbeit in den alten Bundesländern in Politik und Medien unbesehen und unscharf benutzt, weil damit sofort wieder fragwürdige, aber politisch erwünschte Assoziationen mit der weitgehend dokumentierten verbrecherischen Zwangsarbeit im Dritten Reich bewirkt werden. Abgeschlossen ist seit 2003 (damals liefen die Verjährungsfristen aus) die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Es gab 6417 Ermittlungsverfahren, wovon ganze 103 zur Erhebung einer Anklage bzw. zur Beantragung eines Strafbefehls geführt haben. Darüber, wie viele davon verurteilt worden sind (offenbar eine recht geringe, für politischen Alarmismus kaum brauchbare Zahl), schweigt der Bericht sich aus.

Auch hier werden tatsächliches Unrecht, das es natürlich auch in der DDR gab, konstruiertes Unrecht und vermeintliches Unrecht zusammengetan. Die Zwangsaussiedlungen waren Ausdruck einer hochexplosiven Situation der militärischen Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt an der Grenze zwischen DDR und BRD. Zwangsadoptionen gab es offensichtlich nur in der Phantasie der Aufarbeiter. Dennoch wird auf zwei Seiten (S. 17 bis 19) über entsprechende Aktivitäten der Landesregierung berichtet. Die mit großem Aufwand betriebene strafrechtliche Aufarbeitung bringt gar nichts.

Fünftens: Durch den Bericht zieht sich wie ein roter Faden das Totalitarismuskonzept. Steffen Dittes von den Linken meldet Bedenken an, scheut aber Klartext.

Der Bericht der Landesregierung will die „SED-Diktatur“ aufarbeiten. Konkrete Themen für die Faschismusforschung und höchst kritikwürdige Seiten westdeutscher Gründungs- und Nachkriegsgeschichte fehlen. Immerhin ist Thüringen seit mehr als einem Vierteljahrhundert Bestandteil der Bundesrepublik und Miterbe ihrer Vorgeschichte; erst recht gilt dies für die Thüringer CDU, SPD und FDP. Zugleich ist aber im Bericht der Landesregierung durchgängig das Konzept von den zwei Diktaturen in Deutschland präsent. Auf Seite 6 wird von „der Vermittlung von Diktaturerfahrungen“ und auf S. 8 von „vergleichende(r) Diktaturforschung“ gesprochen. Bezeichnend ist, daß im Bericht die Zusammenarbeit mit der schon erwähnten Stiftung Ettersberg aufgeführt wird, die einst auf Initiative der auf das Totalitarismuskonzept besonders fixierten Konrad-Adenauer-Stiftung gegründet wurde. Erinnerungsorte/Gedenkstätten wie Buchenwald sind nach dem Bericht für „die Opfer totalitärer Gewaltherrschaft“ gedacht (S. 8). Auf S. 28 spricht der Bericht im Zusammenhang mit der Lehrerausbildung vom „Themenfeld der Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Von der „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ wird zwei Zeilen später als „verwandte Inhalte“ gesprochen. Wenn der Landtagsabgeordnete Steffen Dittes in der Debatte des Thüringer Landtags zur Einführung des 17. Juni als „Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur“ für eine Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Sinne von „Erfahrung, Fakten und Wissenschaft“ plädiert und aus dieser Sicht „andere politische und ideologische Motive bemängelt“, die im Bericht der Landesregierung „hervorschimmern“¹², dann ist das sehr zurückhaltend formuliert, und der Bericht wurde offenbar nicht richtig gelesen. Er verwies auf die positiven Erfahrungen der Menschen in Thüringen mit der DDR und bemängelt deren Verdrängung „durch Kategorisierung“. Milder kann man auf den Skandal der faktischen Gleichsetzung von Nazifaschismus und DDR im Bericht der Landesregierung kaum reagieren, zumal er in seiner Rede nochmals die Unwahrheit von der in der DDR fehlenden „demokratische(n) Legitimation staatlichen Handelns“ wiederholt.¹³ Es geht hier jedoch nicht um sprachliche Ungenauigkeiten, sondern um die Entscheidung zwischen devoter Hinnahme oder scharfer Kritik des strategischen Konzepts der Herrschenden, mittels Diffamierung der DDR die Handlungen des NS-Verbrecherstaates zu relativieren.

Jene Parallelisierung und Dämonisierung der DDR wurde seit jeher als ein für diese Relativierung geeignetes Hauptfeld angesehen. Daß die tonangebenden konservativen Kräfte in der BRD sich verständlicherweise scheuen, den Zusammenhang von Restauration und Schlußstrichpolitik seit 1948/49 überhaupt oder auch nur hinreichend

¹² Thüringer Landtag – 6. Wahlperiode – 46. Sitzung, 20. 4. 2016, S. 68

¹³ Vgl. ebenda, S. 69

darzustellen, animiert offenbar Thüringer Linkspolitiker, dazu auch ihrerseits nach dem Anschluß der DDR an die BRD sich in weitgehender Zurückhaltung bis zur Selbstverleugnung zu üben. Die Hin- nahme solcher Entwicklungen, ergänzt um den Vorwurf, die DDR sei „Stalinismus als System“ gewesen¹⁴, nennt sich offenbar Realpolitik. Wenn es nach dem Bericht geht, sollen künftige Generationen nur noch von den „zwei Diktaturen“ sprechen, die es vor 1945 und nach 1945 gab. Die ungehemmte sprachliche Übernahme der aufklärungsfeindlichen Konstrukte des Totalitarismuskonzepts (Diktatur gegen Demokratie, Unrechtsstaat und totalitär) ist ein alarmierendes Symptom für den Grad der intellektuellen Kapitulation und der politischen Servilität. Es wird in Kauf genommen, daß ein absichtlich unscharfer und für die strategischen Konzepte der von den Unionsparteien angeführten deutschen Rechten willkürlich geprägter und extensiv benutzter Diktaturbegriff (im Bericht taucht der Begriff „SED-Diktatur“ 56mal auf!) auf Dauer dazu dient, Analogien zwischen der DDR und dem „Dritten Reich“ zu konstruieren. Indirekt sollen damit das historisch-politische Selbstverständnis, das Image und der gesellschaftspolitische Anspruch der Bundesrepublik aufgewertet und poliert sowie erhebliche Flecken und Defizite übertüncht werden.

Sechstens: Absurd ist die Behauptung im Bericht der Landesregierung, die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ geschehe ideologiefrei und in Form eines Dialogs mit den Menschen in Thüringen.

Hier geht es nicht nur um eine Diskrepanz zwischen Ziel und Methode, sondern um Etikettenschwindel, darum, daß Ideologie im Sinne der Verbreitung eines falschen Bewußtseins wieder einmal im Gewande der Ideologielosigkeit daherkommt. Der Landesregierung, so wird versichert (S. 5), gehe es um „einen umfassenden gesellschaftlichen Prozeß einer konsequent ideologiefreien Aufarbeitung“ und (S. 6) um „eine nicht von Ideologie geprägte gesellschaftliche Debatte“. Tatsächlich aber ist der Bericht nicht ergebnisoffen, wie das bei einer „gesellschaftlichen Debatte“ sein sollte, sondern schreibt vor, wohin und wie diese Debatte zu verlaufen hat. Er läßt weder Raum für eine wissenschaftliche Analyse der DDR und ihrer Geschichte noch für einen wirklichen gesellschaftlichen Dialog. Bisher ist das nicht einmal innerhalb der drei Koalitionsparteien und ihres unmittelbaren Anhangs möglich. Es wird – unausgesprochen – ideologische Unterwerfung gefordert. Der Bericht ist von der Position der wirklichen und vermeintlichen Sieger im kalten Krieg geschrieben, geprägt von Einseitigkeit, Ungenauigkeiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten. Er will eine differenzierte und gerechte Einschätzung der DDR und eine sachliche Debatte unmöglich machen. Er dokumentiert den kläglichen und beschämenden Anschluß an die aufwendig und massenhaft alltäglich produzierte und verbreitete herrschende Ideologie und Begrifflichkeit. Es geht, wie bereits in der letzten These dargestellt wurde, um die Abarbeitung eines strategischen, vor allem geschichtsideologischen, aber auch politikideologischen Konzepts, das über Jahrzehnte hinweg entwickelt wurde und sich um die Totalitarismusideologie gruppiert.

Natürlich wäre auch ein ganz anderes Herangehen denkbar. Nicht der Vergleich Nazistaat und DDR, sondern der Vergleich BRD – DDR stand während der Zweistaatlichkeit Deutschlands immer im Vordergrund des politischen Alltagsdenkens der Menschen in beiden deutschen Staaten. Man könnte so auch heute nach den tauglichen Ideen und

guten Erfahrungen der DDR-Geschichte und der Geschichte der Bundesrepublik fragen: z. B. in bezug auf die Beteiligung der Menschen am politischen Leben und am politischen Prozeß in beiden deutschen Staaten, in bezug auf das Ausmaß der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung der Menschen in der BRD und in der DDR über ihre eigenen Angelegenheiten. Das alles wäre denkbar, ist aber tatsächlich absolut nicht erwünscht.

Es ist bezeichnend, daß dieses Geschichtskonzept einer Parteienkoalition mit linkem Anspruch in Deutschland die Herkunft und die Geschichte der Bundesrepublik so gut wie vollständig ausblendet. Sie folgt auch darin dem interessengeleiteten Umgang der herrschenden konservativen Kräfte mit historisch-politischen Verläufen, Ergebnissen und Folgerungen. Einwänden gegen die weitgehende und unablässige Parallelisierung der DDR mit der NS-Diktatur wird in banaler Weise entgegnet, daß vergleichen nicht gleichsetzen bedeutet. Wo bleibt dann bisher in Politik, Wissenschaft, Bildung und Medien der Vergleich der Bundesrepublik mit dem Dritten Reich? Allein beispielsweise die weitreichende Kontinuität zwischen 1930 und 1990 hinsichtlich der sozioökonomischen Strukturen und Hierarchien, der Mehrheit des Personals in Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Militär und Polizei, Wissenschaft u. a. m. sowie ideologische Ähnlichkeiten im Antikommunismus und in der Feindseligkeit gegenüber den Linken, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Gegnerschaft zum Pazifismus, andauernde Verwandtschaften innerhalb des heterogenen rechten Spektrums sowie die Legalität des Alt- und Neofaschismus usw. würden dafür reiches Material bieten sowie Nachdenklichkeit und weiter gefaßte Vergleichs- und Untersuchungsmöglichkeiten einräumen und herausfordern.

Der Bericht folgt den Denkschemata der Herrschenden. Eine Reihe von systembedingten Zwängen veranlassen diese, die DDR zu diffamieren und zu delegitimieren. Tote braucht man nicht zu töten. Offenkundig aber ist die DDR noch im positiven Sinne in den Erinnerungen ihrer einstigen Bürgerinnen und Bürger lebendig. Nicht zuletzt die Verfallserscheinungen des heutigen Krisenkapitalismus drängen die Herrschenden dazu, die Erinnerungen an den Sozialismusversuch auf deutschem Boden als Nostalgie abzuwerten, aber eben auch als Unrechtsstaat und SED-Diktatur zu diffamieren. Die Fixierung auf die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ behindert den Kampf gegen soziales und politisches Unrecht in der Gegenwart. Das immer wieder inszenierte Erschrecken über die DDR soll schon das bloße Nachdenken über einen neuen Sozialismus lähmen.

Aber es geht auch darum, daß systembedingte Aggressivität stimuliert wird und eine rechtsgerichtete antikommunistische Formierung sich durchsetzen soll. Es geht mit dem Antisozialismus auch gegen Antimilitarismus, Pazifismus usw., um in der Bundesrepublik wie in der NATO und der EU die äußere Droh-, Sanktions- und Interventionspolitik durchzusetzen. Es geht so um die ideologische Flankierung geopolitischer Interessen und Ziele, auch durch entsprechende Massenbeeinflussung, um Rückhalt im Hinterland durchzusetzen und zu gewährleisten.

Prof. Dr. Ludwig Elm / Prof. Dr. Ekkehard Lieberam

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 66



Was ist denn eigentlich bei der Linkspartei los?

Gespräch mit Ekkehard Lieberam über den Zustand der Linkspartei und über die Gefahren eines neuen rot-rosa-grünen Illusionstheaters

Frage: *Wie bewertest Du das Abschneiden der Linkspartei bei den Landtagswahlen am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern?*

Ekkehard Lieberam: Auffällig ist erst einmal: trotz der auf 61,6 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung spricht die größte „Partei der Nichtwähler“ mit 38,4 % für die abnehmende Repräsentationsfähigkeit des Parteiensystems. Für die Partei Die Linke ist es das schlechteste Ergebnis in der neueren Geschichte des Landes (PDS 1990: 15,7 Prozent). Es ist für die Linken ein schlimmes und ein alarmierendes Ergebnis. Die Linke liegt mit 13,2 Prozent hinter AfD, CDU und SPD an vierter Stelle. Gegenüber 2011 hat sie 5,2 Prozentpunkte oder 19 269 Wählerinnen und Wähler verloren, bei einer um etwa 10 Prozentpunkte gestiegenen Wahlbeteiligung. Nach Infratest-dimap haben lediglich 6 Prozent der Erstwähler und 7,5 Prozent der an die Wahlurne zurückgekehrten Nichtwähler von 2011 für die Linkspartei gestimmt, und 10 Prozent der Arbeiter sowie 15 Prozent der Arbeitslosen votierten für sie. 18 000 ihrer Wähler von 2011 sind zur AfD gegangen. Sie hat sich im Wahlkampf auf Plakaten als regierungswillig, als Heimatpartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit vorgestellt. Interessant war, daß am Wahlabend ihr Spitzenkandidat Helmut Holter äußerte, eine Regierungskoalition mit der SPD wäre „für uns eine Option“, wohingegen Dietmar Bartsch meinte: „Wir haben darüber nicht zu schwadronieren.“

Zur Kenntnis zu nehmen ist aus linker Sicht auch das bescheidene Abschneiden der DKP mit 1318 Stimmen (0,2 Prozent). Die linke Spaßpartei „Die Partei“ erhielt 5087 Stimmen. Von den Wählerinnen und Wählern wird die Linkspartei als etablierte Partei und kaum noch als Protestpartei wahrgenommen. Ihr Anteil bei den Prekarisierten entspricht ihrem durchschnittlichen Wähleranteil. Mit ihrer Orientierung aufs Mitregieren konnte sie in keiner Weise punkten. Nach

dem Desaster der Linkspartei am 13. März in Sachsen-Anhalt, wo die Partei mit einem ähnlichen Wahlkonzept angetreten war und eine schwere Niederlage hinnehmen mußte, war das alles voraussehbar. Die Linkspartei hat in Mecklenburg-Vorpommern auf „Weiter so“ statt auf linke Profilierung gesetzt. „Wen Gott vernichten will“, sagte man einst, „den schlägt er mit Blindheit.“

In den letzten Jahren hast Du Dich in zahlreichen Artikeln und weiteren Veröffentlichungen („Die PDS auf dem Weg nach Godesberg“, „Memorandum zur linken Programmdebatte“, „Der Kniefall von Thüringen“) differenziert und kritisch mit der Entwicklung der PDS bzw. der Linkspartei auseinandergesetzt. Du engagierst Dich in dieser Partei auch politisch, unter anderem als Sprecher einer Basisgruppe. Nun hast Du mit „Integrationsfalle (Mit-)Regieren – Wild nicht erlegt, dafür Flinte verloren“ eine lesenswerte Skizze mit einem interessanten historischen Rückblick vorgelegt.

Ärgerlich ist die Geschichtsvergessenheit bei der Linkspartei. Dies zeigt sich ja nicht nur in dem devoten Kniefall in Thüringen in Sachen „Unrechtsstaat, Willkürstaat und Alltagsdiktatur DDR“. Generell spielen in der aktuellen Debatte um die Regierungsfrage geschichtliche Erfahrungen und Lehren so gut wie keine Rolle. Es gab vor mehr als 100 Jahren eine hochinteressante Diskussion über den „Ministerialismus“ bzw. „Millerandismus“, nachdem der Sozialist Alexandre Millerand 1899 als Handelsminister in das Kabinett Waldeck-Rousseau eingetreten war. Auf den Kongressen der Sozialistischen Internationale 1900 in Paris und 1904 in Amsterdam wurde darüber gestritten. August Bebel, Rosa Luxemburg, Wilhelm Liebknecht und Karl Liebknecht beteiligten sich an dieser Diskussion mit gescheiterten Beiträgen zu Prinzipientreue, Macht und Regieren.

Wilhelm Liebknecht schrieb 1899 in seinem Brief an die Französische Arbeiterpartei, daß ein Sozialist, der in eine Bourgeoisregierung eintritt, entweder zum Feind übergeht oder „sich in die Gewalt des Feindes gibt“.

Dann gab es die praktisch-politischen Erfahrungen in Deutschland. Georg von Vollmar von der SPD war so regierungsgeil, daß er 1903 klammheimlich beim Reichskanzler Graf (später Fürst) Bernhard von Bülow vorstellig wurde, um in dessen Kabinett Staatssekretär (Minister) zu werden, was dann nur am Veto von Wilhelm II. scheiterte. In der Novemberrevolution entstand nach dem 9. November 1918 unter Friedrich Ebert die „rein sozialistische“ Regierung des Rates der Volksbeauftragten.

Damals wurde auch das heute noch übliche Grundmuster der Regierungslinken zur Rechtfertigung des Mitregierens geboren: Es ist die Verheißung, daß von nun an die Wende zu einer sozialistischen bzw. sozialen Gesellschaft beginne. Tatsächlich aber rettet oder stützt man die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse.

Du hast in diesem Sinne in Deiner Broschüre Einschätzungen zur Regierungspraxis von SPD und nunmehr auch PDS und Linkspartei getroffen, die alle die Kurt Tucholsky zugeschriebene Sentenz bestätigen: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“ Wie erklärst Du Dir, daß viele Politiker der Linkspartei hier offenbar noch weniger lernfähig sind als die Versuchskaninchen aus der Biologie? Als Begleiterscheinung dazu verbreitet die Linkspartei dazu Langeweile.

Das mit der mangelnden Lernfähigkeit hat strukturelle Gründe. Wer als Linker auf Regierungskurs oder gar Regierungspartei ist, verliert die Fähigkeit zu einer kritischen Gesellschaftsanalyse und wird unglaublich unwürdig.

Der Eindruck der Langeweile drängt sich tatsächlich auf – Einspruch gegen Deine Einschätzung würde die Situation beschönigen. Langeweile sehe ich vor allem im Mangel an einem klaren politischen Profil der Linkspartei als sozialistische Partei und Friedenspartei. Über eine gesellschaftliche Alternative zum Krisenkapitalismus wird in der Linkspartei kaum noch ernsthaft diskutiert. Ihre Flüchtlingspolitik ist geprägt von konträren Auffassungen, erreicht oft nicht die Menschen – und ignoriert zudem in leichtfertiger Weise Befunde kritischer Migrationspolitik und der Rolle der Migration im Rahmen gesellschaftlicher Destabilisierung. Die Linkspartei will Völkerrechtspartei sein, aber weigert sich, klar zu sagen, daß die derzeitige unmenschliche kapitalistische Weltordnung gestürzt werden muß. Sie drückt sich um einen klaren Bruch mit dem vom Finanzkapital beherrschten neoliberalen EU-System. Im Erfurter Programm war vom Imperialismus noch siebenmal die Rede, auf dem letzten Magdeburger Parteitag kein einziges Mal.

Statt dessen erleben wir vor allem in der der Linkspartei nahestehenden Publizistik eine unkritische Rezeption von Sharing-Economy-Konzeptionen à la Rifkin und Mason. Die Verwechslung von Internationalismus und Supra-Nationalität ist ein weiteres Erkenntnisproblem.

Beim Thema EU und Euro fällt mir seit Jahren bei Äußerungen von Politikern der Linken eine seltsame Angst auf, das Thema Währungspolitik und Eurokritik aufzugreifen. Man wolle sich nicht „auf das Feld des Populismus“ begeben. Wie das?

Von Henry Ford ist die Aussage überliefert: „Wenn die Menschen das Währungssystem durchschauen würden, hätten wir die Revo-

lution – und das schon morgen früh.“ Fragen der Währungspolitik sind sozusagen immer Fragen des internationalen Klassenkampfes. Bei der Festlegung des Euro-Teilnehmerkreises hatte Gregor Gysi 1998 in seiner Bundestagsrede zum Euro-Beitritt treffend die inzwischen offen zutage tretenden Probleme beschrieben. Sie wurden später zugunsten einer Sakralisierung des Euro nicht mehr thematisiert. Wenn man Länder unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung über den Leisten einer einheitlichen Währung ohne Ausgleichunion schlägt, gibt es Verlierer und Gewinner. Der Euro hat sich inzwischen zu einer „Mausefallen“-Währung vor allem für die südeuropäischen Länder entwickelt. Die Opposition gegen diese Fehlentwicklung hat die Linkspartei leider einer schmutzigen rechten politischen Gruppierung überlassen, die sie als mehr oder weniger unappetitliches Verwesungsprodukt des etablierten Politikversagens hinsichtlich der mit diesen Fehlentwicklungen einhergehenden Proteststimmen beerbt hat.

Die Linkspartei hat offensichtlich Angst vor einem linken Populismus. Scheut sie nicht auch, wie Marx es einmal nannte, „Kritik im politischen Handgemenge“?

Die Zurückhaltung ist auffällig und beunruhigend. Als Regierungspartei im Wartestand und noch mehr als „regierende Partei“ ziemt es sich eben nicht, Klartext zu reden. Der Verlust von Kritikfähigkeit ist Ausdruck von Anpassung und Fügsamkeit. Viele Politiker der Linken haben regelrechte Beißhemmungen gegenüber den Herrschenden und deren Politik. Das mag zur Beruhigung des politischen Lebens beitragen ...

Die Linke scheint mir dabei selbst in der Friedensfrage ihr eigenständiges politisches Profil zu verlieren, wenn ich an die Haltung in der immer wieder thematisierten Frage des Verhältnisses zur NATO und zur deutschen Beteiligung an Militäreinsätzen denke.

Es ist für mich erstaunlich, wie sich die Linkspartei, aber auch Teile der Friedensbewegung, einer überfälligen Revision des Kriegs-/Friedensbildes verweigern. Wir leben in einer Epoche fortwährender regionaler imperialistischer Kriege. Jeder militärische Konflikt ist zuerst ein wirtschaftlicher, politischer, ideologischer und sozialer Konflikt, bevor er militärisch wird. Krieg und „militärisches Engagement“ sind also Ausdruck eines gesellschaftlichen Zivilversagens. Da im modernen Krieg nicht mehr zwischen einer zivilen und einer militärischen Front getrennt werden kann, bedeutet Krieg mehr denn je Massenmord an der Zivilbevölkerung. Angesagt ist zivile Stärke statt militärischer Scheinstärke.

Jean Ziegler hat in zahlreichen Studien die Ungerechtigkeit unserer Weltordnung angeprangert und zivile Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. In Fragen der Globalisierung übt die Linkspartei zwar da und dort Kritik, etwa, wenn es um die Freihandelsverträge geht, aber eine Strategie der De-Globalisierung wird nicht diskutiert. Und die nationalen Befunde über die Bundesrepublik als Abstiegsgesellschaft werden auch nicht aufgegriffen.

Meines Erachtens muß die Debatte um Globalisierung vor allem, was Jean Ziegler durchaus ebenfalls so sieht, als Debatte um den Charakter der heutigen neoliberalen Globalisierung und als Diskussion um eine zeitgemäße Imperialismustheorie geführt werden. De-Globalisierung macht nach Meinung von Jean Ziegler dann Sinn, wenn darunter der Kampf um den Sturz der derzeitigen „kannibalischen Weltordnung“

verstanden wird. Günter Gaus hat vor vielen Jahren der Bundesrepublik bescheinigt, über alle Merkmale der Klassengesellschaft zu verfügen – nur das Klassenbewußtsein fehle. Die herrschende Klasse handelt sehr wohl entsprechend ihren Interessen. Es geht um die Überwindung des Klassenschlafs der Lohnarbeiterklasse. In ihrem zunehmenden Polit-Opportunismus fördern nicht wenige Politiker der Linkspartei aber diesen Klassenschlaf der großen Mehrheit der Lohnarbeiter. Sie tun das Gegenteil von dem, was notwendig wäre, nämlich, wie es Marx treffend in seiner Einleitung zur Hegelschen Rechtsphilosophie meinte, „den wirklichen Druck noch drückender (zu) machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt“.

In der Linkspartei gibt es gerade in der letzten Zeit statt dessen viel inszenierte Aufregung. Veranstaltet wird ein regelrechter Zickenkrieg besonders in der Flüchtlings-/Integrationsfrage. Verschiedene Seiten inszenierten da viel Aufregung über Äußerungen von Sahra Wagenknecht. Das riecht schon nach übler Nachrede, weil hier mit böswilligen Unterstellungen gearbeitet wird.

Die Kritiker von Sahra beanspruchen geradezu die Definitionsmacht darüber, was sie denkt und meint. Überdies, und das erscheint mir ebenso wichtig, läßt die Forderung nach ihrem Rücktritt aus Kreisen der Regierungslinken vermuten, daß hier der „Parteizorn“ gegen eine profilierte und populäre linke Politikerin organisiert wird. Das klägliche Ende dieser Kampagne offenbart allerdings auch ihr hohes Ansehen. Es spricht für viel Zwietracht in den Führungsetagen der Partei, daß der Bundesvorstand sich nicht an die Seite von Sahra stellt und eine sachliche Debatte zu den anstehenden Themen in Gang bringt. Bedenklich ist die zunehmende Fremdbestimmung durch die bürgerlichen Medien.

Werden die Luftballons der Willkommenskultur nicht auch noch von Politikern der Linkspartei kräftig aufgeblasen? Gibt es nicht überhaupt jede Menge Illusionen, die man befördert?

Das ist richtig. Die Partei hat sich kaum bemüht, die „Ursachen der Flüchtlingsbewegungen“, also neoliberale Globalisierung, immer neue Krieg, anhaltende Armut, sich verschärfende Unterentwicklung und fortschreitende Umweltzerstörung, zum zentralen Thema der Linken in der öffentlichen Diskussion zu machen.

An Beispielen zum Thema Illusionen sehe ich keinen Mangel. Im Detail ist nicht selten sogar ein regelrechter politischer Karneval in der Partei zu beobachten, nicht nur in den letzten Wochen und Monaten. Das fand schon auf dem Bielefelder Parteitag 2015 einen Höhepunkt, als Gregor Gysi in seiner „Abschiedsrede“ ob der möglichen gewaltigen „Fortschritte“ mit „r2g“ („Rot-Rot-Grün“) im Bund hinsichtlich des Verbots von Waffenexporten in Spannungsgebiete oder von mehr „sozialer Gerechtigkeit und Demokratie“ in der Europäischen Union regelrecht ins Schwärmen kam.

Schlimm war die darauf folgende Reaktion auf dem Parteitag: statt verblüfftes Schweigen oder vernehmbares Gelächter stehende Ovationen. Ein „schönes“ Beispiel gab es auch auf dem letzten sächsischen Landesparteitag im Juni 2016. Ein Delegierter kritisierte den abstrusen Satz im Leitantrag „Ausbeutung werden wir nicht tolerieren“. Statt beschämt diesen Satz zu streichen, blieb er im Leitantrag stehen. In der vorderen Reihe des Parteitags saß auch die Parteivorsitzende Katja Kipping.

Katja Kipping war es, die in ihrem ARD-Sommerinterview am 31. Juli mit dem Blick auf 2017 sagte: „Wir wollen eine links-grüne Regierung,

die einen Politikwechsel einleitet.“ Wie erklärst Du Dir dieses Revival der Bekenntnisse zu „Rot-Rot-Grün“ im Bund? Gregor Gysi sah am 29. Juni in einem Interview mit der „Zeit“ für 2017 dafür sogar ein „historisches Fenster“. Er plädierte für die Einrichtung von Arbeitsgruppen „von SPD, Linken und Grünen“ in Vorbereitung darauf. Bodo Ramelow appellierte am 10. Juli gegenüber der „Zeit“ an seine Partei, „an der NATO-Frage diese Koalitionsmöglichkeit nicht unmöglich zu machen“. Widerspruch dagegen war kaum vernehmbar.

Du sprichst zu Recht von einem Revival, also von einer Wiedererweckung, wobei m. E. dann mit dem Artikel von Michael Brie vom 22. August im „neuen deutschland“ erneut zurückgerudert wurde. Michael Brie spricht sich in diesem Artikel für Opposition aus und meint, mit Regieren im Bund sei „gegenwärtig kein Richtungswechsel möglich“, was richtig ist. In der Zeitschrift „Sozialismus“ 1/2015 hat er allerdings genau das Gegenteil geschrieben. Das Thema „Mitregieren im Bund“ war ab März über Monate vom Tisch. Nach den Landtagswahlen am 13. März in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und den Umfrageergebnissen zur „Sonntagsfrage“ danach war für jeden, der die vier Grundrechenarten beherrscht, nicht mehr zu übersehen, daß mit dem Thema „r2g“ bei Wahlen derzeit nichts zu gewinnen ist und die Möglichkeit einer Mehrheit dafür im Bund (nicht zuletzt wegen der AfD-Erfolge) gegen Null tendiert. Wulf Gallert, der sich in Sachsen-Anhalt Chancen als Ministerpräsident in einer „rot-rot-grünen“ Koalition ausgerechnet hatte, mußte zur Kenntnis nehmen, daß für eine solche Koalition nach den Landtagswahlen im März 2016 gerade noch rund 32 Prozent der Wähler votiert hatten, gegenüber mehr als 52 Prozent im Jahre 2011. Vielen in der Linkspartei war klar geworden, das von einer Wende gegen den Neoliberalismus in den Landesregierungen, an denen man sich beteiligt, keine Rede sein kann.

Bernd Riexinger und Katja Kipping veröffentlichten ein lobenswertes Papier, in dem sie zu nichts Geringerem als einer „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“ aufriefen. Es dürfe „kein ‚Weiter so‘ geben“. Es gäbe „kein linkes Lager“. Notwendig sei, die „(Selbst-)Organisierung der Menschen zu fördern“ und „außerparlamentarische Mobilisierungen (zu) stärken“.

Auf dem Magdeburger Parteitag am 28. und 29. Mai 2016, einen Monat später, war von Selbstkritik und Neuanfang dann nur noch wenig die Rede. Aber Mitregieren war auch kein Thema, wenn man von dem Diskussionsbeitrag von Susanne Hennig-Wellsow aus Thüringen absieht. Katja Kipping sagte: „Wir sind keine Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien.“ Sahra Wagenknecht plädierte für „eine klare Oppositionspolitik im Bundestag“.

Wie erklärst Du Dir den Kurswechsel nach dem Parteitag? Ist das schon wieder der Lockruf des gewerbsmäßigen Parlamentarismus?

Mein Eindruck ist, daß hier auch Momente des Irrationalen eine Rolle spielen. Es ist offenbar im Zuge des Niedergangs konzeptioneller Debatten üblich geworden, heute dies und morgen etwas anderes zu sagen.

Erklären kann ich mir den Kurswechsel von Juni bis August nur damit, daß die aufs Mitregieren gerichtete Wahlkampfleitung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin flankiert werden sollte. Auch wollten einige Politiker der Linkspartei im Interesse ihrer Karrierebestrebungen wohl in Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 einen Richtungswechsel herbeiführen. Die Gefahren für die Partei nahmen sie dabei in Kauf. Aber mit dem Artikel von Michael Brie im „nd“ vom 22. August scheint mir das vom Tisch zu sein.

Zwei Dinge sollten wir nicht vermengen. Zum einen geht es um die Rolle der Regierungsfrage in einer linken Wahlstrategie. Es kann offenbar eine Wählerstimmung geben, die von einer „Linken-Regierung“ Großes erhofft. Zum anderen geht es um Gesellschaftsstrategie. Die Orientierung aufs Mitregieren ist aus dieser Sicht keine Methode linker Gesellschaftsgestaltung, sondern ein Irrweg.

Wahlstrategisch, d. h. um die eigenen Anhänger für den Wahltag zu mobilisieren, kann das Versprechen, als Regierungspartei eine politische und soziale Wende gegen den neoliberalen Mainstream durchzusetzen, hin und wieder Erfolg bringen. Das war in Thüringen so. Vor den Landtagswahlen am 14. September 2014 sprachen sich bei Umfragen 40 Prozent für den Spitzenkandidaten der Linkspartei Bodo Ramelow aus (für die amtierende Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht 44 Prozent). Die Linkspartei verkündete im Wahlkampf unter Hinweis auf eine greifbar nahe parlamentarische Mehrheit für „r2g“, Thüringen „sozial regieren“ zu wollen. Das kam offenbar zum Teil an. Die Linkspartei erhöhte ihren Stimmenanteil von 27,4 auf 28,2 Prozent und erlangte zusammen mit SPD und Grünen eine knappe Mehrheit von einer Stimme im Thüringer Landtag.

Warum sollte eine derartige Wahlstrategie nicht auch im Bundestagswahlkampf 2017 Erfolg bringen?

Die Wählerstimmung ist im Vorfeld der Bundestagswahlen eine ganz andere als seinerzeit in Thüringen. Im Wahlkampf für den Bundestag 2017 auf die gleiche Wahlstrategie zu setzen, würde deshalb unweigerlich Wählerverluste bringen. Erwiesenermaßen gibt es im Alltagsbewußtsein eine gesellschaftliche Mehrheit gegen neoliberale Politik auf Bundesebene, aber keineswegs die Erwartung einer Mehrheit bei den Sympathisanten der Linkspartei, dies könne mit „r2g“ erreicht werden. Es gibt nicht einmal eine Wechselstimmung. Politischer Wunderglaube ist offensichtlich bei einigen Politikern der Linkspartei viel verbreiteter als bei deren Anhängern, die in ihrer Mehrheit denen da oben nicht trauen.

Die Linke würde, und das ist das Hauptproblem, aus gesellschaftsstrategischer Sicht unweigerlich ihr eigenständiges politisches Profil als Links- und (immer noch) Protest-Partei weiter abschwächen, wenn sie denn offiziell erklärt, demnächst in Berlin beim Regieren mit dabeisein zu wollen.

Oskar Lafontaine hat nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016 gesagt: „Was wir jetzt brauchen, ist das Gegenteil von ‚Weiter so‘. Wir brauchen nicht ein Bündnis mit dem neoliberalen Parteienblock, sondern ein Bündnis gegen die neoliberale Politik.“ Teilst Du diese Position?

Genau in dieser Aussage sehe ich einen ganz wichtigen Ansatz für eine tragfähige Gesellschaftsstrategie. Mitregieren in den Bundesländern wie derzeit in Brandenburg und Thüringen bedeutet unter den gegenwärtigen Klassenmachtverhältnissen, wie die Regierungspraxis in diesen Ländern offenbart, bestenfalls einen Neoliberalismus mit einem menschlicheren Antlitz. Die Landesregierung wird unter Umständen etwas besser. Die Partei wird schlechter. Sie verliert an Stimmen, nach Umfragen auch in Thüringen etwa drei Prozent bei einer nach wie vor gegebenen hohen Popularität von Bodo Ramelow.

Die Orientierung aufs Mitregieren im Bund wäre aber eben nicht nur eine wahlstrategische Fehlentscheidung, sondern das wäre die offene Abkehr von einer linken Gesellschaftsstrategie mittels fortschreitender Einordnung in den neoliberalen Parteienblock.

Dabei werden Mythen bedient, die die tatsächlichen Machtstrukturen außer acht lassen, die geschichtlichen Erfahrungen übersehen und die Frage, wie eine Wende gegen die neoliberale Kapitaloffensive erkämpft werden kann, falsch beantworten.

Es gibt drei gängige Mythen, die in den Aussagen der meisten Politikerinnen und Politiker der Linkspartei insgesamt oder teilweise auftauchen. Erstens: linke Politik sei von ihrem Wesen her eine Willensfrage aufrechter und kluger linker Politiker. Zweitens: im Parteiensystem gäbe es zwei Lager (oder könne man kurzfristig zwei Lager formieren), darunter ein linkes Lager in Gestalt von „SPD, Grünen und Linkspartei“. Und drittens ist das die Vorstellung, der Bundestag sei die Machtzentrale der Bundesrepublik Deutschland, der die Chance bietet, linke Politik zu machen.

Was setzt Du dem gesellschaftsstrategisch entgegen? Unter welchen Bedingungen siehst Du eine derartige Chance?

Die Alternative heißt Gegenmachtstrategie: Entwicklung von politisch-organisatorischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht. Das Problem ist nicht dadurch zu lösen, daß man ein „linkes Lager“ herbeifabuliert. Es muß im politischen Kampf gegen den Neoliberalismus erst noch geschaffen werden.

Niemals gab es in den letzten 100 Jahren in Deutschland so viel Ignoranz links von der SPD (ausgenommen im Umfeld der DKP und weiterer kleiner marxistischer Organisationen) gegenüber den Herrschafts- und Machtverhältnissen wie heute. Das Erfurter Programm sagt in Abschnitt V.: „Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen.“ Das ist richtig. Oskar Lafontaine fordert genau in diesem Sinne ein gesellschaftliches und politisches Bündnis „gegen die neoliberale Politik“.

Die Zurückweisung des Irrweges einer Einordnung der Linkspartei in den „neoliberalen Parteienblock“ ist aber lediglich ein erster notwendiger Schritt, ein wichtiger Aspekt zur Profilierung der Linkspartei. Der zweite, noch viel schwierigere Schritt muß sein, das gesamte politische Handeln der Partei darauf auszurichten, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (bzw. die Klassenmachtverhältnisse) durch die Entwicklung von Gegenmacht grundlegend zu verändern.

Lenin hat 1916 im „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ davon gesprochen, daß die Finanzoligarchie „ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ gesponnen habe. In Stellungnahmen der Linkspartei zu aktuellen wie auch strategischen Fragen ist davon keine Rede. Sie lesen sich oft wie Abhandlungen zu einer Willenslehre oder zum Sittengesetz, sind mehr moralisch als analytisch und erwecken den Eindruck, man wolle sich für den nächsten Kirchentag empfehlen ...

Das Netz ökonomischer und politischer Verflechtung ist – wie zuletzt die Studie der ETH Zürich „The Network of Global Corporate Control“ nachgewiesen hat – heute noch enger geworden als zu Lenins Zeiten. Politik ist immer offensichtlicher Fortsetzung der Privatgeschäfte mit anderen Mitteln. Das parlamentarische Regierungssystem gewährleistet derzeit eine „stabile Herrschaftskonstellation zugunsten des Kapitals“ (Frank Deppe), und die ohnehin beschränkte parlamentarische Demokratie verkommt zur „marktkonformen Demokratie“. Deren Institutionen werden von der herrschenden Klasse kontrolliert. Ein linkes Politikverständnis muß davon ausgehen, daß die Selbstetikettierung des Parlamentarismus als Demokratie und die Bezeich-

nung des Bundestages als Zentralstelle der Politik mit der Wirklichkeit nicht allzuviel zu tun haben.

Ohne die Entwicklung einer einflußreichen Gegenmacht wird es nicht möglich sein, die bestehenden Machtstrukturen zu verändern, den Neoliberalismus zu überwinden und eine Exit-Strategie aus dem Krisenkapitalismus in Angriff zu nehmen. Das wird voraussichtlich ein langer Weg sein und bedeutet: die marxistischen und antikapitalistischen Kräfte zu sammeln, beharrlich, eben im „Handgemenge“, über die gesellschaftlichen und politischen Zustände aufzuklären und im täglichen Kampf im Betrieb gegen das Kapital wie auch im politischen Kampf auf der Straße, in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Eine derartige Strategie findet sicherlich die Unterstützung von gut einem Dutzend der Bundestagsabgeordneten der Linkspartei und von ihren linken Zusammenschlüssen. Aber mein Eindruck ist, daß die Linkspartei insgesamt zu einer Gegenmachtstrategie kaum noch in der Lage ist. Sprücheklopferi korreliert mit einer erstaunlichen kognitiven Immunität. Ist es nicht angebracht, endlich darüber zu diskutieren, wieso von maßgeblichen Politikern der Linkspartei (so von Katja Kipping auf dem Magdeburger Parteitag) Ferdinand Lassalle oder Rosa Luxemburg mit dem Ratschlag zitiert werden, immer erst einmal zu sagen, was ist, aber dann doch nur oberflächliche und in sich nicht stimmige Aussagen über die Methoden und Wege linker Politik kommen?

Auf die Frage nach den Ursachen einer derartigen Verhaltensweise haben kluge Marxisten wie Lenin und Rosa Luxemburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts, also seit dem Aufkommen des Opportunismus in der SPD, nachgedacht und tragfähige Antworten gegeben (wie die Rolle der Arbeiteraristokratie und des parlamentarischen Kretinismus). Beachtenswert sind auch die Erkenntnisse von Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der im Ergebnis seiner soziologischen Studien über die Sozialdemokratie von dem „ehernen Gesetz“ der Herrschaft einer „Parteioligarchie“ sprach.

Wolfgang Abendroth hat dann in seiner Monographie „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ eine meines Erachtens stimmige Gesamterklärung für den Trend zur politischen und ideologischen Anpassung in sozialistischen Parteien vorgelegt: Eine sich in ihnen entwickelnde breite Sozialschicht von Berufspolitikern und Parteiarbeitern richtet die Partei auf ihre pekuniären und machtpolitischen Interessen aus und wird Träger einer „Integrationsideologie“. Diese Sozialschicht ist „an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise“ interessiert, und sie denkt „konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können“.

Wie bewertest Du aus dieser Sicht die Geschichte der PDS?

Die Vertreter dieser Sozialschicht kontrollierten die PDS bereits seit Mitte der neunziger Jahre. Bei der Bundestagswahl 2002 führten sie einen lahmen Wahlkampf und signalisierten der SPD, daß eine erneute Kanzlerschaft von Gerhard Schröder an der PDS nicht scheitern werde. Mit vier Prozent verfehlte die PDS dann deutlich die Fünfprozent-Sperre und kam nur mit zwei Direktmandaten in den Bundestag. Auf ihrem Geraer Parteitag im Oktober 2002 gab es ein Aufbegehren gegen diesen Anpassungskurs. Die alte und neue Parteivorsitzende Gabi Zimmer sprach davon, daß man mit der Partei mittlerweile alles machen könne, „außer Kriege führen“. Dietmar Bartsch verweigerte die Zusammenarbeit.

Die Partei war ziemlich am Ende, als Gabi Zimmer im Mai 2003 zurücktrat, Lothar Bisky wieder Parteivorsitzender wurde und dann im Oktober der Chemnitzer Parteitag ein Parteiprogramm verabschiedete, das ähnlich wie seinerzeit das Godesberger Programm der SPD im Januar 1959 den Marxismus programmatisch entsorgte.

Aber war dies nicht die Voraussetzung für spätere Wahlerfolge?

Die kamen aus einer ganz anderen Ecke. Die Wahlerfolge der Linkspartei waren das Ergebnis der Krise der SPD und des Zusammenschlusses der PDS mit der WASG, verbunden mit einer „Westausdehnung“ und einer linken Profilierung der neuen Partei, wie dies im Erfurter Programm der Linken vom Dezember 2011 zum Ausdruck kam.

Für den Politiktheoretiker war und ist die Zeit der Entstehung der Linkspartei hochinteressant. Nicht die Einsicht kluger PDS-Politiker, nicht die Aktivierung der innerparteilichen Demokratie, nicht Widerstand aus deren Basis rettete das Projekt einer Partei links von der SPD vor völliger Anpassung bzw. vor dem Absturz in die parteipolitische Bedeutungslosigkeit – die Rettung kam in Gestalt einer gesellschaftlichen Protestbewegung gegen die Agenda 2010.

Die Politik des rigorosen Sozialabbaus unter Gerhard Schröder hatte in den Jahren 2003 bis 2005 die größte Volksbewegung von links nach dem Anschluß der DDR gegen die Regierenden ausgelöst. Hunderttausende beteiligten sich 2004 an den Montagsdemonstrationen. Bei den Bundestagswahlen 2009 verlor die SPD 8,5 Millionen Wählerinnen und Wähler.

Im Frühjahr 2004 konstituierte sich die „Wahlalternative für Sozialen Fortschritt“ (WASG), der sich alsbald Oskar Lafontaine anschloß. Gut ein Jahr später bei den Landtagswahlen am 22. Mai 2005 erzielte die WASG mit 2,2 Prozent einen Achtungserfolg (die PDS kam auf 0,9 Prozent).

Die Linkspartei, die insoweit aus einer tiefen Krise der SPD hervorging, bekannte sich mit dem Erfurter Programm von 2011 zu einem „Systemwechsel“, zu einem „Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet“.

Das aber ist offenbar Vergangenheit. Die Linkspartei ist heute deutlich auf Anpassungskurs. Eine gesellschaftliche Bewegung, die eine Revitalisierung des linken Profils der Partei erzwingen könnte, ist nicht in Sicht. Man wird sehen, ob sie nach dem gestrigen Desaster in Mecklenburg-Vorpommern zumindest als Oppositionspartei in den alsbald anstehenden Bundestagswahlkampf geht.

In Deiner Schrift „Integrationsfalle (Mit-)Regieren“ skizzierst Du die Folgen einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei auf Bundesebene. Du verwendest dabei den Begriff der „politischen Großkatastrophe“ Was verstehst Du darunter? Am Schluß kommt dann der Satz „Sisyphos läßt grüßen.“ Ist das nicht allzu pessimistisch?

Pessimistisch ist für mich nichts Negatives. Pessimist ist nach dem französischen Theaterschriftsteller Edmond Rostand jemand, der vorzeitig die Wahrheit sagt. Die Wahrheit sagen, an die geschichtlichen Erfahrungen erinnern, ungeschminkt die Dinge beim Namen nennen, sollte ein unabdingbares Prinzip nicht nur eines marxistischen Wissenschaftlers, sondern auch eines sozialistischen Politikers sein. Die gegenwärtige Politik der Linkspartei ist nicht zuletzt deshalb so verworren, weil sich wieder einmal der Satz von Wolfgang Abendroth bewahrheitet: „Politische Intelligenz haben die integrationistischen Reformisten, die sich kapitalistischen Denkschemata unterwerfen, niemals besessen.“ (Ein Leben in der Arbeiterbewegung) Ohne die

Beachtung der geschichtlichen Erfahrungen gleicht, wie ich in meinem neuen Büchlein schreibe, die aktuelle Debatte in der Linkspartei um Mitregieren eben der Verteidigung einer schlechten Theorie, zu der die Fakten nicht passen, die geschichtslos, voller Illusionen und nicht in der Lage ist, Richtschur für eine tragfähige Praxis antikapitalistischer Politik zu sein.

Regierungsteilnahme der Linkspartei auf Bundesebene, aber auch schon die Orientierung auf Mitregieren im Bundestagswahlkampf 2017 wäre eine politische Großkatastrophe für die Friedensbewegung, für alle Linken innerhalb und außerhalb der Linkspartei in einer Situation, in der eine neue zyklische Wirtschaftskrise bevorsteht und jähe finanzpolitische Katastrophen schon demnächst offen die Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus in Frage stellen könnten. Mitregieren, entsprechende Ministersessel und weitere Regierungsämter sind nicht zu haben ohne den Preis eines völligen Verzichts auf Gegenmachtstrategie, ohne weitere faule Zugeständnisse an die Agenda 2010, an die Schuldenbremse, an die Extremismusideologie, an Kriegseinsätze in aller Welt, an die Kriminalisierung der DDR. Die außerparlamentarischen Bewegungen gegen den Krisenkapitalismus hätten im Bundestag keine Stimme mehr, könnten keine unbequemen Fragen mehr stellen, keine linke Aufklärungsarbeit von der Bundestagstribüne aus leisten. Die überfällige „Aufklärung 2.0“ würde es noch schwerer haben.

Das Gespräch wurde Anfang September 2016 geführt.

Interviewer: Peter Rath-Sangkhakorn

*Prof. Dr. jur. Ekkehard Lieberam arbeitete als Professor für Staats-
theorie und Verfassungsrecht an der Akademie der Wissen-
schaften in Berlin und am Institut für Internationale Studien
der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Er war ab 1992 acht Jahre
Mitarbeiter bzw. Referent für Rechtspolitik der Linken im Bun-
destag und ist Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsen
der Partei Die Linke.*

*Ekkehard Lieberam ist Autor und Mitautor zahlreicher Bücher,
Schriften und Artikel zum Parteiensystem der Bundesrepublik,
zur Regierbarkeit, zu den politischen Systemen der DDR, der USA,
Englands, Frankreichs und der BRD, zur Prekarität, zur dritten
großen Depression und zur Klassenanalyse.*

Veröffentlichungen im pad-Verlag (Bergkamen):

*PDS auf dem Weg nach Godesberg (2001), Kapitaloffensive in der
Krise – Herausforderung für die Gewerkschaften (2010), Memorandum zur linken Programmdebatte (2010), Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie (2012), Weltwirtschaftskrise als Zeitenwende. Krise ohne Ende? (2013), Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben (2014), Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation (2014), Integrationsfalle (Mit-)Regieren. „Wild nicht erlegt – dafür Flinte verloren“ (2016)*



Demonstration am 3. September in Berlin



www.rotfuchs.net